

Dialog von oben 03.11.2015

BERLIN (Eigener Bericht) - Die Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) kündigt eine neue PR-Offensive für die deutsche Außen- und Militärpolitik an und will dazu die aktuelle Flüchtlingsdebatte nutzen. Man wolle die Diskussion um die deutschen Auslandsaktivitäten stärker "in die breite Öffentlichkeit" tragen, bestätigt der neue Leiter des wichtigsten Strategiezentriums der Bundesregierung, Karl-Heinz Kamp; dazu sollten auch "Bürgerdialoge" über die aktuelle deutsche Flüchtlingspolitik durchgeführt werden. Hintergrund sind die weltpolitischen Ambitionen Berlins, die seit geraumer Zeit ihren Widerhall in Forderungen nach einer aggressiveren Militärpolitik finden und inzwischen in ersten Ansätzen realisiert werden. Experten weisen darauf hin, dass dazu ein gewisser Rückhalt in der Bevölkerung unumgänglich ist, um Reibungsverluste im Inland zu minimieren. Zudem müssten, um eine "Überforderung" Berlins zu vermeiden, die notwendigen "personellen und institutionellen Kapazitäten" für eine offensivere Außenpolitik "bereitgestellt werden", heißt es in der führenden Außenpolitik-Zeitschrift des deutschen Establishments. Unter anderem müsse man die "sicherheitspolitische Expertise" an den Hochschulen umfassend ausweiten, verlangen Nachwuchs-Außenpolitiker aus der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung - etwa mit der Einrichtung neuer Professuren zu Themen der Außen- und Militärpolitik.

Offensivere Weltpolitik

Hintergrund der aktuellen Forderungen nach einer neuen PR-Offensive in Sachen Außen- und Militärpolitik ist das Bestreben Berlins, eine stärkere Rolle in der Weltpolitik zu spielen. Dabei hat die Bundesregierung jüngst durchaus Fortschritte erzielt. Im Konflikt um die Ukraine gelingt es ihr zur Zeit, die zentralen Auseinandersetzungen in den Rahmen des Minsk-Prozesses zu kanalisieren; damit markiert sie ihren Führungsanspruch in Osteuropa gegenüber den USA, die an den Minsker Verhandlungen nicht beteiligt sind.[1] In den Gesprächen mit Iran hat die Bundesrepublik sich als einzige Macht neben den ständigen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrats etablieren können. Im Irak ist die Bundeswehr spürbar präsent. Auch im Syrien-Krieg bemüht Berlin sich um eine stärkere Rolle, wenngleich es dort gegenüber den Vereinigten Staaten und Russland noch nicht durchdringt. Für Anfang 2016 steht eine signifikante Ausweitung des Bundeswehr-Einsatzes in Mali in Aussicht [2], die mit neuen Berliner Einflussbemühungen im gesamten nördlichen Afrika verbunden ist. Hinzu kommt die führende Stellung, die die Bundeswehr aktuell beim Aufbau der NATO-"Speerspitze" innehat.[3]

Eine doppelte Lücke

Die neue deutsche Weltpolitik hat, wie ein aktuelles Papier aus der Konrad-Adenauer-Stiftung (CDU) bestätigt, einen doppelten Hintergrund. Zum einen gehe "die Umorientierung der USA zum asiatisch-pazifischen Raum" ("Pivot to Asia" [4]) mit einem "Rückzug der Vereinigten Staaten aus der sicherheitspolitischen Führungsrolle in Europa einher", heißt es in dem Dokument, das die Stiftung Ende vergangener Woche veröffentlicht hat; es ist von ihrem "Arbeitskreis junger Außenpolitiker" verfasst worden.[5] Zum anderen brächten "Frankreich und Großbritannien, die traditionellen sicherheitspolitischen Pfeiler Europas, derzeit weder die politischen noch die finanziellen Mittel auf", um die außen- und militärpolitische Lücke zu füllen, heißt es weiter. Die gleichsam doppelte Lücke biete der Bundesrepublik nun die Chance, "eine Führungsrolle" nicht mehr nur vorwiegend ökonomisch, sondern darüber hinaus in der Außen- und Militärpolitik zu übernehmen. Dazu müssten allerdings ergänzende Maßnahmen ergriffen werden.

Mehr aufrüsten, mehr intervenieren

Ein erstes Maßnahmen-Paket bezieht sich dabei auf die Bundeswehr und auf deren Zusammenarbeit mit Verbündeten aller Art. So stimmen die "jungen Außenpolitiker" der Adenauer-Stiftung der verbreiteten Forderung nach "mehr Kapazitäten für die Bundeswehr" ausdrücklich zu. So sei es gut, dass die Bundesrepublik gemeinsam mit Frankreich und Italien eine "bewaffnungsfähige" Drohne entwickle, heißt es in dem Papier; weitere derartige Schritte hätten zu folgen. Darüber hinaus solle Berlin

die Zahl deutscher Soldaten und Polizisten in UN-Einsätzen deutlich erhöhen. Deutschland stehe "nur auf Platz 59 der 126 Truppen- und Polizeistellenden Staaten" der Vereinten Nationen, heißt es in dem Papier; das müsse sich ändern. Da die eigenen Kapazitäten beschränkt seien, müsse Berlin weiterhin Verbündete in aller Welt ausrüsten und trainieren, um sie für Interventionen an seiner Seite bereitzuhalten; dafür solle "unter Federführung des Bundeskanzleramts ... die Position eines Beauftragten für Sicherheitszusammenarbeit und Ertüchtigung geschaffen werden, dessen Amt ressortübergreifend die Kompetenzen in diesem Bereich bündelt und koordiniert". Schließlich müsse Berlin auch "Deutschlands Rolle in der NATO stärken". Der Aufbau der NATO-"Speerspitze" sei ein gelungener erster Schritt, reiche jedoch nicht aus. Ihre Bataillone müssten zumindest dauerhaft im Baltikum präsent sein, also direkt an Russlands Westgrenze; um der NATO-Russland-Grundakte zumindest formal Rechnung zu tragen, die eine dauerhafte NATO-Truppenstationierung in den Ländern der ehemaligen Warschauer Vertragsorganisation nicht billigt, könne man die Bataillone eine Zeitlang rotieren lassen.[6]

Austausch mit der Bevölkerung

Ein zweites Maßnahmen-Paket, das der außenpolitische Nachwuchs der Adenauer-Stiftung fordert, bezieht sich auf die zivilen Bereiche der deutschen Gesellschaft. Weshalb dies als notwendig gilt, erläutert das von der Stiftung publizierte Papier am Beispiel von Kampfdrohnen. So solle "eine Diskussion über die Vor- und möglichen Nachteile" von Kampfdrohnen öffentlich geführt werden, "um potentielle Ressentiments innerhalb der Gesellschaft frühzeitig abzubauen". Eine "Diskussion um die gestiegene Führungsverantwortung Deutschlands" müsse "mit Blick auf den Einsatz militärischer Mittel" ebenfalls "intensiver" als bisher geführt werden; auch dies zielt darauf ab, etwaige Widerstände gegen deutsche Militärinterventionen aufzubrechen. Eine Möglichkeit, dazu beizutragen, bestehe darin, die Bundesregierung zu einer jährlichen Unterrichtung über ihre Militärpolitik vor dem Bundestag zu verpflichten; dies biete gleichzeitig "die Gelegenheit zum Austausch mit der eigenen Bevölkerung". In diesem Zusammenhang komme Schulen "eine besondere Verantwortung zu, um jungen Menschen einen informierten Umgang mit deutscher Sicherheitspolitik und der Rolle der Streitkräfte als Teil der Gesellschaft zu ermöglichen", heißt es in dem Stiftungspapier. Doch sollten "Gespräche und Diskussionen mit Jugendoffizieren" nicht nur an Schulen, sondern auch an Hochschulen "vermehrt gesucht und angeboten" werden.[7]

Forschen für den Krieg

Den Hochschulen komme jenseits militärpolitischer PR noch eine weitere Bedeutung zu, heißt es bei der Adenauer-Stiftung: Es sollten in Zukunft mehr "Universitätsprofessuren mit einem Fokus auf sicherheitspolitische Fragestellungen eingerichtet" und "Forschungsmittel für deutsche Sicherheits- und Friedensforschungsinstitute aufgestockt" werden.[8] Dies gilt als notwendig, um das verfügbare Know-how, auf das die Berliner Weltpolitik bei Bedarf zurückgreifen kann, so weit wie möglich zu vergrößern.

Erwartungen managen

Bleiben entsprechende Maßnahmen aus, dann droht, wie es in der aktuellen Ausgabe der führenden Fachzeitschrift des deutschen Außenpolitik-Establishments - der "Internationalen Politik" - heißt, eine "Überforderung der deutschen Politik".[9] Zwar habe "ein Elitendiskurs über eine stärkere deutsche Verantwortung" mittlerweile begonnen, schreibt das Blatt mit Blick auf die Weltpolitik-Debatte, die Bundespräsident Joachim Gauck am 3. Oktober 2013 angestoßen hat.[10] Doch müssten "die personellen und institutionellen Kapazitäten" für eine solche Politik erst noch "bereitgestellt" werden. Ergänzend müsse man "Erwartungsmanagement ... gegenüber der eigenen Bevölkerung" betreiben: Diese bevorzuge immer noch "die Bequemlichkeit der alten Bonner Republik". Dem nimmt sich nun die Bundesakademie für Sicherheitspolitik, das wichtigste Strategiezentrum der Bundesregierung, an. Man arbeite verstärkt an dem "Ziel, Sicherheitspolitik in die breite Öffentlichkeit zu tragen", erklärt der neue Akademie-Präsident Karl-Heinz Kamp. Christian Lipicki, bei der Einrichtung zuständig für die "Kommunikation" nach außen, bestätigt, dass dazu demnächst "Bürgerdialoge" abgehalten werden sollen - etwa zu einem der gegenwärtig meistdiskutierten Themen, der Flüchtlingspolitik. Das Ziel benennt Lipicki offen: "Wir wollen stärker in den öffentlichen Diskurs einsteigen."[11]

[1] S. dazu [Kontrollmission in Kiew](#) .

[2] S. dazu [Ins nächste Kriegsgebiet](#) .

[3] S. dazu [Kriegsführung im 21. Jahrhundert \(II\)](#) und [Botschaft an die](#)

Weltöffentlichkeit .

[4] S. dazu **Das pazifische Jahrhundert .**

[5], [6], [7], [8] Arbeitskreis Junge Außenpolitiker: Deutsche Verantwortung in der internationalen Politik (III): Sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit stärken. Konrad-Adenauer-Stiftung, Analysen und Argumente Nr. 194, Oktober 2015.

[9] Liana Fix: Eine deutsche Metamorphose. Vom unsicheren Kantonisten zur europäischen Führungsmacht. In: Internationale Politik, November/Dezember 2015, 56-59.

[10] S. dazu **Schlafende Dämonen , Der Weltordnungsrahmen und Die Bilanz eines Jahres .**

[11] S. dazu **Der hässliche Deutsche .**

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com